

Warum es die SP besser macht

Den Sozialdemokraten Europas laufen die Wähler davon. Nicht so in der Schweiz. Die SP bleibt die zweitstärkste Partei des Landes. Was steckt dahinter?

Von Wolf Linder

In vielen Ländern kämpft die Sozialdemokratie ums Überleben. Stellte Frankreichs Parti socialiste 2012 mit François Hollande noch den Staatspräsidenten und die Mehrheit in der Nationalversammlung, so erreichten die Partei und ihr Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 2017 nicht einmal 8 Prozent der Stimmen. Dramatisch der Wählerverlust auch der SPD: Der stolze Wähleranteil von gut 40 Prozent zu Zeiten von Kanzler Gerhard Schröder hat sich mittlerweile halbiert, und Bayerns Sozialdemokraten mussten sich in den Landtagswahlen 2018 gar mit weniger als 10 Prozent begnügen. Den Genossen in den Niederlanden, in Griechenland oder Irland ging es ähnlich. Trotz Ausnahmen wie Jeremy Corbyns Labour Party in Grossbritannien oder der neuen Regierung Schwedens bleibt das allgemeine Bild: Die Sozialdemokratie Europas ist auf dem Abstieg.

Nicht so in der Schweiz. Die SP hält seit zwei Jahrzehnten einen Wähleranteil von rund 20 Prozent und bleibt zweitgrösste Partei des Landes. Sie verteidigt ihren zweiten Bundesratssitz unangefochten und hat an politischem Einfluss eher zugelegt. Warum?

Gutausgebildete Dienstleister

Den Wahlschlappen der europäischen Linken werden zwei Hauptgründe nachgesagt: Erstens hat sie ihre einstige Wählerbasis der Arbeiter und einfachen Angestellten verloren, und dies vielerorts an die populistischen Sammelbecken nationalkonservativer Parteien. Zweitens büssen die Sozialdemokraten dafür, dass sie die EU-Freizahndelnsolitik samt deren grenzenloser Personenfreizügigkeit unterstützen und dabei übersehen haben, dass damit einstige Industrieregionen ausgeblutet und massenhaft Globalisierungsverlierer produziert wurden.

Auch die SP teilt den Verlust ihrer ehemaligen Wählerbasis. Ihre grössten Einbrüche fanden allerdings bereits in den 1970er und 1980er Jahren statt, als sie ein Fünftel ihrer Wählerschaft verlor. Seither gelang es den Sozialdemokraten, sich als Partei der gutausgebildeten Dienstleister zu konsolidieren. Und lokal wird die SP zunehmend attraktiver für ein buntes, urbanes Milieu. Insbesondere ihre pragmatische «neue» Sozialpolitik (z. B. Kinderbetreuung) entspricht den lebensweltlichen Bedürfnissen junger Berufstätiger. Aber wie kann eine Partei heute mehr Einfluss haben als vor zwanzig Jahren,

wenn sie wählermässig nicht zugelegt hat? Der Grund ist einfach: Heute ist der Bürgerblock gespalten. In Ständeratswahlen findet die SVP keinen bürgerlichen Partner mehr, tritt allein an und verliert. Gewinnerin ist die SP, die ihre Sitze in der Kleinen Kammer seit 1995 von fünf auf zwölf erhöhen konnte, während die SVP bei ihren fünf Vertretern stehenblieb. Mit dem Zerwürfnis zwischen der SVP und ihren bürgerlichen Schwesterparteien ist es im Parlament ansatzweise zu einem tripolaren Kräfteverhältnis



Ver mehrt Mehrheiten: Schweizer Sozialdemokraten.

links–Mitte–rechts gekommen: Die Linke, die früher regelmässig leer ausging, gelangt heute vermehrt zu Mehrheiten mit der CVP oder sogar mit der FDP, weil sich die SVP dem Kompromiss der andern Parteien verweigert.

In politischen Grundfragen standhaft

Was aber hat die schweizerische SP besser gemacht in ihrer politischen Positionierung? Mit ihrem Programm, das die «Überwindung des Kapitalismus» fordert, ist sie eine der am weitesten links stehenden Parteien Europas. Das schadet ihr darum nicht, weil Parteien in der direkten Demokratie weniger an der Rhetorik ihrer Programme als am Einsatz und Erfolg in den konkreten Sachfragen gemessen werden. Hier gibt es die Konstante der Sozialpolitik. Während seinerzeit etwa die SPD unter Schröder mit der Hartz-IV-Reform viel von ihrer Glaubwürdigkeit als soziale Partei verspielte, hat sich die schweizerische Linke nach wie vor als verlässlichste Hüterin der sozialen Einrich-

tungen wie zum Beispiel der AHV profiliert. Die härteste Knacknuss bleibt die Einwanderungspolitik. Ihr Engagement für offene Grenzen bescherte der SP am frühesten jene Wähler- und Vertrauensverluste, die heute zur Diskreditierung der europäischen Linken führen. Und die «offene und soziale Schweiz», für welche die SP wirbt, bleibt unter Druck. Das zuträgliche Mass an Einwanderung bestimmt bei uns die Stimmbürgerschaft, und der Erfolg der Masseneinwanderungsinitiative zeigte, dass 2014 eine Mehrheit glaubte, dieses Mass sei überschritten.

Will die SP der SVP die Themenführerschaft in dieser Frage streitig machen, so müsste sie eine Begrenzung der Einwanderung aus ganz anderen Einsichten fordern, so wie das etwa die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran im Streitgespräch mit SVP-Nationalrat Thomas Aeschi formulierte: «Ihr müsstet endlich die Ursachen der Zuwanderung bekämpfen, aber da seid ihr extrem widersprüchlich: Ihr befürwortet die Tiefsteuerstrategie für Konzerne. Damit zieht ihr massenhaft internationale Konzerne an. Jeder Zuwanderer in der Teppichetage zieht weitere zehn Zuwanderer an – einer, der ihm die Wohnung hinstellt, eine, die sie für ihn putzt, eine, die seine Kinder hütet, und so weiter.»

Die SP hält unbeirrt am längerfristig angestrebten Beitritt zur EU fest. Politisches Harakiri? Nein, und zwar aus zwei Gründen. Erstens sind Konstanz und Standhaftigkeit in wichtigen politischen Grundfragen zentral für die Glaubwürdigkeit einer Partei, wenn sie eine verlässliche Bindung ihrer Wählerschaft anstrebt. Zweitens wäre die Schweiz schlecht aufgestellt, wenn der europapolitische Verstand aller Politikerinnen und Politiker unseres Landes nur noch in den Tunnelröhren «Bilaterale» und «Alleingang» gefangen wäre.

Zu korrigieren hat die SP allerdings ihre idealistischen Vorstellungen von einem «sozialen Europa». Ein solches gibt es nicht, denn die EU und ihre Gerichtsbarkeit sind längst auf eine ausgesprochen neoliberale Wirtschaftspolitik eingeschwenkt. Mindestens die Gewerkschaften haben dies mittlerweile gemerkt. Die Weigerung des Gewerkschaftsführers Paul Rechsteiner, die eigenständige Sozialpartnerschaft im Rahmenabkommen mit der EU preiszugeben, ist darum ein Signal zum Besseren.

Die Volksrechte zwingen zur politischen Konkordanz. Das heisst: Die Parteien sind zur Verständigung und zum politischen Kompromiss gezwungen. Wird dieser nicht erreicht, kommt es fallweise zur Opposition mit Hilfe von Referendum oder Initiative. Beide Polparteien, SVP und SP, sind häufiger Oppositionsparteien als jene der bürgerlichen Mitte. Diese Oppositionsrolle hat die nationalkonservative Rechte in den vergangenen Jahrzehnten vielleicht besser gespielt als die Linke. Doch das muss nicht so bleiben.

Aussperren? Nicht in der Schweiz

Die Kritik an der heutigen Hyperglobalisierung – Kasino-Finanzkapitalismus, Zunahme der sozialen Ungleichheit, Jobrisiken wenig Qualifizierter und Statusverlust vieler Berufe, Wachstumsschäden – nimmt in ganz Europa zu. Hier liegen Chancen für eine SP, die sich von den bürgerlichen Parteien profiliert abgrenzt. Anders als ihre Schwesterparteien hat sie im Widerstand gegen den neoliberalen Mainstream der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, der grenzenlosen Liberalisierung der Arbeitsmärkte und des Abbaus des Sozialstaats einen glaubwürdigeren Ausweis aus der Vergangenheit. Sie könnte darin noch besser werden.

Die Schweiz hat eine weitere Eigentümlichkeit: Das duale Berufsbildungssystem und die direkte Demokratie erzwingen eine soziale Orientierung und verlangen eine Sprache, die sich nie allzu weit entfernen darf von dem, was die SVP als «ihr» Volk erachtet. Das macht die SP besser als Frankreichs linke Intellektuelle, aber weit weniger gut als die SVP.

Vielleicht steht die SP darum besser da als in anderen Ländern, weil sie eingebettet ist in die Stabilität des Konkordanzsystems. Dieses braucht neben den Bürgerlichen eine linke Kraft. Würde aber eine härtere wirtschaftspolitische Opposition die politische Polarisierung nicht weiter anheizen und die Konkordanz noch mehr beschädigen? Denn bereits heute ist die Zahl der Vorlagen, die von allen Regierungsparteien getragen wird, so tief wie noch nie. Trotzdem glaube ich nicht an das Ende der Konkordanz. Denn ihre Fähigkeit, Konflikte durch Verständigung zu lösen, beruht letztlich auf der politischen Kultur. Und diese ist weitgehend intakt.

Es ist möglich, dass die bereits erwähnte, kantige SP-Nationalrätin in einer SVP-Landgemeinde die 1.-August-Rede hält. Und es käme wohl keiner unserer Politikerinnen in den Sinn, Vertreter einer unliebsamen Partei von politischen Veranstaltungen auszusperrern – wie es derzeit mit der AfD in Deutschland passiert. Das zeichnet die SP aus und ist gut für die Schweiz.

Wolf Linder, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, bezahlt immer noch Mitgliedsbeiträge an die Sozialdemokratische Partei, weil er deren innerparteiliche Meinungsvielfalt schätzt.

Politik

Schlafende Hunde wecken

Die Zürcher Ständeräte Noser (FDP) und Jositsch (SP) verlangen im festgefahrenen Flughafendossier eine Gesamtschau aller Streitfälle mit Deutschland. Dies könnte zu einem Bumerang werden.

Für Ständerat Ruedi Noser bilden die Nordschweiz und das südliche Baden-Württemberg einen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum mit dem gemeinsam genutzten Flughafen Zürich als Verkehrsinfrastruktur. Aber trotz gutnachbarlichen Beziehungen fehle seit Jahren ein ernsthaftes Bekenntnis der deutschen Nachbarn zum Flughafen Zürich, bedauert Noser.

Die Deutschen haben nicht bloss den Staatsvertrag zum Fluglärmstreit von 2012 schubladisiert. Sie blockieren auch das neue Betriebsreglement 2014 des Flughafens Zürich. Es dient der Entflechtung der An- und Abflugrouten im Osten und soll mehr Sicherheit bringen. Weil Baden-Württemberg hier aufstürzt, obschon dieses Reglement nicht mehr Fluglärm bringt, konnte das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) vor der Sommerpause 2018 lediglich den von Deutschland unabhängigen Teil bewilligen.

Geplatzer Staatsvertrag ist von Nutzen

Dies hatte wiederum zur Folge, dass Ständerat Noser, wohl auch auf Drängen der Zürcher Kantonsregierung, in einem von SP-Ständerat Daniel Jositsch mitunterzeichneten Postulat vom Bundesrat eine Gesamtschau darüber forderte, wie die Interessen des Landes bei den grenzüberschreitenden Beziehungen mit Deutschland besser gewahrt werden können.

Man weiss nicht genau, weshalb Leuthard den Rat ihrer Experten in den Wind schlug.

Oder anders gesagt: Wo und wie man einen Deal oder auch Druck machen könne, damit Deutschland beim Flughafendossier kooperiert. Der Vorstoss wurde in der Herbstsession 2018 im Ständerat angenommen. Auch die damals zuständige CVP-Bundesrätin Doris Leuthard sprach sich dafür aus – gegen den Rat ihrer Experten im Bazl, wie sich jetzt herausstellt. Diese empfahlen in einer internen Informationsnotiz die Ablehnung des Postulates.

Man weiss nicht genau, weshalb Leuthard den Rat ihrer Experten in den Wind schlug. Der Inhalt der Bazl-Notiz ist jedenfalls brisant und zeichnet ein völlig anderes Bild von der Situation des Flughafens Zürich, als es in offiziellen Verlautbarungen gemalt und im Postulat von Noser und Jositsch dargestellt wird. Der Staatsvertrag zum Fluglärmstreit,



Brisante Bazl-Notiz: Ständeräte Noser, Jositsch.

den Leuthard und ihr damaliger deutscher Amtskollege am 4. September 2012 unterzeichnet hatten, hat das deutsche Parlament nie in Kraft gesetzt. Mit dem Vertrag sollte der seit Jahren schwelende Streit um den Fluglärm über Süddeutschland beigelegt werden. Die Nichtratifizierung durch Deutschland gab in Bern und Zürich in den vergangenen Jahren viel zu reden.

Nun erfährt man aus der Bazl-Notiz, dass diese Vereinbarung nach wie vor von Nutzen sei, «auch wenn eine Ratifizierung nicht wahrscheinlich ist». Der heutige deutsche Verkehrsminister habe dadurch unweigerlich eine «Bringschuld», aus der er sich nur befreien könne, wenn er sich klar von der Unterschrift seines Vorgängers distanzieren, heisst es in besagter Informationsnotiz. Und: «Einseitige Verschärfungen sind unter diesen Umständen wenig wahrscheinlich.» Zeige die Schweiz mit einer Gesamtschau (im Sinne von Noser/Jositsch) des Deutschland-Dossiers und Fokus auf dem Flughafendossier, dass auch sie eine Änderung der heutigen Situation wünsche, so sei es für den deutschen Verkehrsminister einfacher, sich vom Vertrag zu distanzieren, heisst es weiter.

Aber es kommt noch besser: «Die aktuelle Situation ist für die Schweiz letztlich vorteilhafter als der Vertrag vom 4. September 2012», schreibt das Bazl, nachdem Bundesbern jahrelang wegen des geplatzen Staatsvertrags von 2012 ein politisches Psychodrama aufgeführt hatte. Verhandlungsspielräume, die für den Aufbau einer Drohkulisse im Flughafendossier gebraucht werden könnten, gebe es ausserdem kaum.

Kurzum: Das Bazl findet, man solle schlafende Hunde lieber nicht wecken. So gesehen, haben Noser und Jositsch mit ihrem Vorstoss dem Land einen Bärendienst erwiesen.

Hubert Mooser